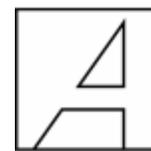




**MKAS** - Newsletter



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

## Mazedonien im September 2006

*Weitere Spannungen zwischen der DUI und der Regierung*

*Zusammenarbeit in der Außenpolitik*

*Drohende Spaltung der SDSM?*

*Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag*

*Öffnung für ausländische Banken nötig*

*Diskussion um die Einführung von Religionsunterricht an Grundschulen*

*Kurznachrichten*



### **Weitere Spannungen zwischen der DUI und der Regierung**

Die Abgeordneten der Demokratischen Union für Integration (DUI), die im Voraus angekündigt hatten, sie würden die Parlamentssitzung am 7. September, dem 15. Jahrestag der Unabhängigkeit Mazedoniens boykottieren, nahmen dann doch daran teil. Sie seien aber nur aus Respekt gegenüber dem Staat und dem Unabhängigkeitstag ins Parlament zurückgekehrt, hieß es. Die Abgeordneten würden an den Sitzungen nur dann teilnehmen, wenn es um Minderheitsfragen gehe, für die die Badinter-Mehrheit gelte. Bei der Lesung zum Polizeigesetz (siehe unten) kam es dann zu tumultartigen Szenen als Abgeordnete der DUI das Pult des Parlamentspräsidenten besetzten und die Erläuterung des Gesetzes durch die Innenministerin unmöglich machten.



Die Stellvertretende Parteivorsitzende Teuta Arifi (Bild) schrieb in ihrer ersten Kolumne in der Tageszeitung „Dnevnik“, sie bestreite den verfassungsgemäßen Verlauf der Regierungsbildung nicht, könne aber keine logische oder politische Erklärung dafür finden, dass Premierminister Nikola Gruevski die DUI-PDP Koalition dabei ignoriert habe. Sie sehe darin eine Provokation des Rahmenabkommens von Ohrid und der Europäischen Zukunft Mazedoniens.

### **Skopje oder Šipkovica**

Auf eine Einladung Gruevskis an den Vorsitzenden der DUI, Ali Ahmeti, die im Rahmen von Einladungen an alle Oppositionsführer ausgesprochen worden war, antwortete dieser, die Einladung komme drei Monate zu spät. Außerdem sei er nur bereit, Gruevski in Šipkovica (Bild), dem Hauptquartier der UÇK während des Konflikts 2001, zu treffen. Sollte ein Treffen zustande kommen, will er Gruevski über den Plan der DUI informieren, im Parlament einen Vorschlag zur Verfassungsänderung einzubringen, wonach dann bei Parlamentswahlen die Sieger sowohl aus dem mazedonischen wie aus dem albanischen Block die Regierung bilden und die Regierung nach dem Badinter-Prinzip (doppelte Mehrheit im Parlament) gewählt wird.



Gruevski erklärte seine Gesprächsbereitschaft, besteht auf einem Treffen in Skopje.

### **Ablehnung des Polizeigesetzes**

Von den Vorsitzenden der Oppositionsparteien SDSM, der liberalen LDP und der konservativen VMRO-NP erhielt Gruevski indes die Versicherung, das Polizeigesetz, die wirtschaftlichen Reformen und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Korruption im Parlament zu unterstützen. Das Gesetz zur Polizeireform wird somit von allen Parteien außer der DUI befürwortet. Ahmetis Partei fordert als Zusätze zum vorliegenden Gesetzesentwurf die Aufnahme des Gebrauchs der albanischen Sprache in der mündlichen und schriftlichen Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei, eine angemessene Vertretung auf allen Ebenen, eine Oberaufsicht der Polizei durch eine unabhängige Institution wie dem Parlament oder einem Ombudsmann sowie dem Aufbau eines regionalen Zentrums für Grenzangelegenheiten in Struga und nicht in Ohrid. Die Abgeordneten aller anderen Parteien bezeichnen den Gesetzesvorschlag als gute Grundlage für eine Reform der Polizei. Das Helsinki-Komitee für Menschenrechte äußerte bereits Bedenken hinsichtlich des Fehlens der Festlegung einer Kontrollinstanz und einer Sprachregelung, die Missverständnissen entgegen wirken würde.



### ***Zusammenarbeit in der Außenpolitik***

Staatspräsident Branko Crvenkovski, Premierminister Nikola Gruevski und Außenminister Antonio Milošoski haben nach ihrem ersten gemeinsamen Treffen bekannt gegeben, sie würden in allen Hauptanliegen der Außenpolitik zusammen arbeiten. An dem Treffen wurden in erster Linie die EU-Integration, der Namensstreit mit Griechenland, die Affäre um die mazedonischen Botschafter (siehe unten) und der Status des Kosovo besprochen. Die drei Hauptakteure der mazedonischen Außenpolitik wollen auch in Zukunft ihre Meinungen regelmäßig im Rahmen solcher Zusammenkünfte austauschen und abstimmen. Damit bekräftigten die einstigen politischen Gegner ihren Willen zur Zusammenarbeit.

### ***Drohende Spaltung der SDSM?***

Eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Partei SDSM zeichnet sich seit der Wahlniederlage immer deutlicher ab. Dabei stehen auf der einen Seite der abgewählte Premierminister Vlado Bučkovski mit seinen Gefolgsleuten, auf der anderen der Staatspräsident Crvenkovski mit den seinen. Zum Lager Crvenkovskis wird auch Radmila Šekerinska (Bild) gezählt, die als Vizepremierministerin für EU-Integration auch parteiübergreifend beliebt gewesen war und als potentielle zukünftige Premierministerkandidatin gehandelt wird. Sie hat die Position der Gegner des Parteivorsitzenden Bučkovski, der nicht von seinem Amt zurücktreten will, auf den Punkt gebracht, ein Wahlerfolg bedeute ein Regierungsmandat, eine Wahlniederlage aber einen Rücktritt. An einer Marathonsitzung des Zentralkomitees der SDSM gab Bučkovski bekannt, dass er nicht von seiner Funktion als Vorsitzender der Partei zurücktreten werde, da auf diese Weise die Probleme innerhalb der Partei nicht zu lösen seien.



### ***Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag***

Die im August von der Regierung angekündigte intensivierte Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag soll in Tat umgesetzt und ein dementsprechendes Gesetz eingeführt werden. Vier Fälle sollen aus Den Haag an Mazedonien zurückgegeben werden. Dies wurde am Treffen zwischen Premierminister Gruevski, Generalstaatsanwältin Carla Del Ponte und Tribunalspräsident Fausto Pocar festgehalten. Dazu muss Mazedonien die Standards für Untersuchungen und Strafverfahren hinsichtlich Kriegsverbrechen erfüllen. Das Haager Tribunal bot seine Unterstützung bei der Vorbereitung an.

### ***Öffnung für ausländische Banken nötig***



Finanzminister Trajko Slavevski (Bild) hat in einem Interview mit „Radio Free Europe“ das mazedonische Bankensystem als schwach bezeichnet; das Wettbewerbsniveau sei sehr niedrig. Die Bedingungen für die Eröffnung ausländischer Banken in Mazedonien müssten vereinfacht und der Markt diesbezüglich liberalisiert werden. Aufgrund eines alten Gesetzes könnten ausländische Banken erst ab dem 1. Januar 2008 Filialen in Mazedonien eröffnen. Dieses Hindernis müsse dringend beseitigt werden, um ausländischen Investoren den Zugang zum mazedonischen Markt zu erleichtern. In Mazedonien seien die ausländischen Investitionen pro Kopf am niedrigsten in ganz Europa. Momentan können ausländische Banken im Land nur Fuss fassen, wenn sie eine einheimische Bank aufkaufen oder



eine eigene Niederlassung eröffnen, was aber Ausgleichszahlungen an die Mazedonische Nationalbank voraussetzt.

### ***Diskussion um die Einführung von Religionsunterricht an Grundschulen***

Schon seit einiger Zeit wird die Einführung von Religionsunterricht an Grundschulen diskutiert. Der neue Erziehungsminister Sulejman Rushiti gab bekannt, sein Ministerium plane die Einführung von klassischem Religionsunterricht anstatt Unterricht über die verschiedenen Religionen. Es ist aber nicht klar, auf welcher Stufe dieses Fach unterrichtet werden soll, und ob es sich bei den Lehrkräften um Geistliche handeln soll. Der Vorschlag zu einem Schulfach, das die Lehre über alle Weltreligionen umfasse, sei zurückgezogen worden. Fachleute sind über die Abkehr vom Konzept eines säkularen Religionsunterrichts erstaunt. Aus der Mazedonischen Orthodoxen Kirche und der Islamischen Glaubensgemeinschaft liess man hingegen verlauten, man befürchte, ein säkularer Ansatz verwirre die Grundschulkinder.

### ***Kurznachrichten***



Premierminister Gruevski plant die Absetzung des Staatsanwalts Aleksandar Prčevski (Bild). Die Regierung führt als Begründung Unprofessionalität, Inkompetenz, Ineffizienz und ungenügende Ergebnisse im Kampf gegen die Korruption an. Gruevskis schlug vor, als Staatsanwalt einen ausländischen Spezialisten einzusetzen, der sich in der Korruptionsbekämpfung international einen Namen gemacht hat.

- ▶ Der mazedonische Botschafter in London, Gjorgji Spasov, der gemeinsamen mit seinem Kollegen aus New York Ljupčo Jordanovski wegen eines Medienskandals nach Mazedonien gerufen worden war, hat bekundet, er habe nicht die Absicht, von seinem Amt zurückzutreten. Der öffentliche Schlagabtausch über die Wahlniederlage der SDSM mit Jordanoski sei seiner Meinung nach kein diplomatischer Fehltritt gewesen.
- ▶ Die Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Rohmaterialien und Ausrüstung wurde ab dem 1. Oktober von 18 auf fünf Prozent gesenkt. Dieser Beschluss wurde von Wirtschaftsexperten unterstützt und von Bauern begrüsst.
- ▶ Seit die neue Regierung an der Macht ist, wurden in allen Ministerien zahlreiche Mitarbeiter ausgewechselt. Während ausländische Diplomaten dies sehr kritisieren, bezeichnete Premierminister Gruevski diesen Vorgang als für einen Regierungswechsel normal, außerdem wolle man die Administration „verkleinern und entschlacken“.

Die von der Außenstelle Skopje der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte Konferenz zum Thema „*Das Rahmenabkommen von Ohrid fünf Jahre danach – eine Friedenslösung oder ein politischer Kompromiß*“ brachte Unterzeichner und Entscheidungsträger des Rahmenabkommens nach fünf Jahren erstmals wieder an einen Tisch zusammen, um über Errungenschaften und Misserfolge des Abkommens an sich wie auch dessen Implementation zu diskutieren. Die Konferenz wurde von Staatpräsident Crvenkovski und von Premierminister Gruevski eröffnet.





- ▶ Mit Tomaten aus Strumica ist erstmals Gemüse aus Mazedonien in ein Land der EU exportiert worden. Was sich unbedeutend liest, ist für die mazedonische Landwirtschaft ein großer Erfolg. Wöchentlich sollen künftig 60 Tonnen Tomaten der Klasse I 800 Supermärkte in Frankreich erreichen. Die Vertreter der französischen Gemüseimporteure „Sedifrais“ sind mit der Qualität der Tomaten aus Strumica zufrieden. Im Rahmen einer langfristigen Zusammenarbeit soll das Sortiment des Exportgemüses auf Gurken und Paprika ausgeweitet werden.



*Aus Rot wurde Rosa.* Die Mobiltelefongesellschaft MOBIMAK, die als erste in Mazedonien Mobildienste angeboten hatte, wurde Anfang September in „T-Mobile Makedonija“ umgetauft. Der Abschluss des „Rebranding“ wurde am 7. September mit einem Gratiskonzert der britischen Popgruppe „Pet Shop Boys“ auf dem Hauptplatz Skopjes gefeiert.



- ▶ Das russische Ölfeldunternehmen „Lukoil“ hält an seinen Plänen vierzig Tankstellen in Mazedonien zu eröffnen fest. Nach Streitigkeiten mit der Regierung Anfang des Jahres wurden die Pläne auf Eis gelegt. Die erste Tankstelle, der Bau zwischenzeitlich ruhte, wurde Anfang September an der Stadtautobahn Skopjes eröffnet und wirbt mit günstigeren Benzinpreisen. Zwanzig Tankstellen sollen noch dieses Jahr eröffnet werden, wodurch 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die Unternehmensführung gab nun auch offiziell bekannt, was seit längerem ein Gerücht gewesen war, nämlich dass „Lukoil“ am Kauf der mazedonischen Raffinerie „OKTA“ interessiert sei.



**Impressum**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**  
**Außenstelle Skopje**

Zusammengestellt:  
Tiina Fahrni

Verantwortlich:  
Ulrich Kleppmann

03.10.2006